

Dringlichkeit abgelehnt

GR Univ. Prof. Dr. Heinz Hammer

15. 2. 2007

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr.: Entsorgung von Grünschnitt

Die Besitzer, Mieter und Betreuer von Gartengrundstücken, begrünten Innenhöfen, Kleingärten und dergleichen leisten durch Pflege und Erhalt dieser Anlagen einen bedeutenden Beitrag für die Luft-, Lebens- und Wohnqualität der gesamten Grazer Bevölkerung.

Die Pflege dieses Grünraums führt zum Anfall großer Mengen von Grünschnitt, die in der Vergangenheit zum Teil durch Verbrennung entsorgt wurden. In Beantwortung eines dringlichen Antrags vom 16.2.2006 wurde seitens des zuständigen Amtes angegeben, dass zum damaligen Zeitpunkt 1300 Tonnen Baum- Hecken- und Strauchschnitt legal thermisch beseitigt wurden. Diese Beseitigung durch Verbrennung erfolgte zusätzlich zu den bereits in den vergangenen Jahren angebotenen, und zum Teil von der Stadt Graz geförderten, Entsorgungsalternativen wie Kompostierung, Häckseldienst der ÖKO- SERVICE, Grünschnittsäcke und Grünschnittabholung der AEVG, und Privatanlieferung bei der AEVG.

Bereits am 16.2.2006 hat der Gemeinderat der Stadt Graz mehrheitlich festgestellt, dass ein dringlicher Handlungsbedarf bei der zusätzlichen Bereitstellung von Entsorgungsmöglichkeiten für Grünschnitt als eine Alternative zur Verbrennung besteht.

Da im Feinstaubsanierungsgebiet Großraum Graz ab dem heurigen Jahr das Verbrennen von Grünschnitt durch eine Landesverordnung untersagt wurde, ist von einem im Vergleich zu den Vorjahren weiter zunehmenden alternativen Entsorgungsbedarf von Grünschnitt auszugehen

Über die bereits in der Vergangenheit zur Verfügung gestellten Entsorgungsmöglichkeiten hinaus wurden allerdings seitens der dafür zuständigen Stellen bisher keine weiteren konkreten Maßnahmen gesetzt, bzw. Entsorgungsalternativen angeboten.

Dem erhöhten Entsorgungsbedarf könnte, so eine Mitteilung der Wirtschaftsbetriebe in Beantwortung des dringlichen Antrags vom 16.2.2006, in Anlehnung an das Vorgehen einer Sperrmüllsammlung entsprochen werden, wobei die näheren Umstände dieser Art der Sammlung noch zu klären wären. Gleichzeitig erklärten die Wirtschaftsbetriebe, dass nach Klärung der Vorfragen diese Leistung binnen kurzer Zeit angeboten werden könnten. Als mögliche Finanzierungsquelle wurde der Feinstaubfonds genannt.

Darüber hinaus gibt es in verschiedenen Grazer Stadtbezirken beispielhafte Privatinitiativen für die Grünschnittentsorgung, die ebenfalls als Modell herangezogen werden können.

Aufgrund des Verbotes der Verbrennung durch die zuständigen Stellen des Landes Steiermark kommen auf die Besitzer und Betreuer von Grünanlagen, auf Bezirksinitiativen zur Entsorgung, sowie auf die Stadt Graz, welche bestehende Entsorgungsalternativen finanziell unterstützt, erhöhte Kosten zu.

Es besteht somit dringlicher Handlungsbedarf um noch vor der Karwoche Art und Weise, Orte, Zeitpunkte und die Finanzierung von Entsorgungsalternativen zu klären und der Grazer Bevölkerung bekannt machen zu können.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Österreichischen Volkspartei den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Stellen des Magistrat-Graz

1. so wie bereits im Vorjahr angekündigt und entsprechend dem Motivenbericht, alle Vorfagen für eine effiziente Grünschnittsammlung, wie zum Beispiel angelehnt an die Modelle der Sperrmüllsammlung oder die Modelle privater Entsorgungsinitiativen, klären, und für deren Verfügbarkeit vor Ostern 2007 zu sorgen - zur Bedeckung der Kosten sind Mittel aus dem Feinstaubfonds heranzuziehen;
2. an die, für den Erlass der Verordnung des Verbrennungsverbotes zuständigen Stellen des Landes mit dem Ersuchen herantreten, die durch die Landesverordnung bedingten zusätzlichen Kosten der Grünschnittentsorgung verursachergerecht zu übernehmen.

**Dringlichkeit
einstimmig angenommen****Abänderungsantrag abgelehnt****Antrag
mit Mehrheit angenommen**

GR. Daniela KUMMER

16.11.2006

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr: Sportbad Eggenberg

Wie allgemein bekannt, befindet sich das Bad Eggenberg in einem bedauernswerten Zustand, die behördliche Schließung droht.

Da bei der derzeitigen, im Jahre 1973 errichteten Schwimmsportanlage schon im Jahre 1993 „*ein desolater Zustand sowohl in konstruktiver und bauphysikalischer Hinsicht, als auch in den wassertechnischen, klimatechnischen und elektro-technischen Anlagen*“ diagnostiziert wurde (siehe auch Gemeinderatsbeschluss vom 19.12. 2002), ist für die Stadt Graz beziehungsweise die Grazer Stadtwerke AG auch aus behördlicher Sicht (behördliche Schließung!) akuter Handlungsbedarf gegeben.

Bekannt ist auch, dass Sanierungsvarianten aus wirtschaftlichen und strukturellen Überlegungen als nicht weiter verfolgenswert begutachtet wurden, da eine Sanierung der Sportanlage für die Stadt Graz höhere Kosten ohne substantielle, nachhaltige Verbesserungen ergeben würde, und sich schon in wenigen Jahren (2 bis 10) die Fragen weiterer Sanierungsschritte oder der eines Neubaus stellen würden.

Die Errichtung eines multifunktionalen Sport-Zentrums Graz, dem sogenannten „Sport-Impuls-Cluster“ Steiermark, unter Mitreinbeziehung des Sportbades Eggenberg als

Modul 1 wurde mit einer Gesamtinvestition von € 78,4 Millionen veranschlagt, wobei eine Drittelfinanzierung durch Stadt, Land und Bund angestrebt wurde.

Aufgrund des dringenden Sanierungsbedarfes des Bad Eggenberg sowie der drohenden Schließung entschied man, dieses Modul als erstes umzusetzen.

Für das Land Steiermark hat der Tourismusreferent der Stmk. Landesregierung, damals Sportreferent, LR Hermann Schützenhöfer bereits festgehalten, dass der Landesbeitrag in der Höhe von rund € 26,13 Mio. dem Sport-Impuls-Cluster Steiermark zur Verfügung gestellt wird. Auch der Bund hat noch vor dem Regierungswechsel in Aussicht gestellt, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Dem gegenüber steht die Aussage von Neo-Bundeskanzler Gusenbauer vom 09.02. in der er uns ausrichten lässt, dass das Sportbudget mit der Fussball-EM 2008 bereits erschöpft wäre, und das Sportbad Eggenberg daher nicht berücksichtigt werden könne.

Zumal aber auch der Austragung einer Fußball-EM eine planungs-, und bilanzierungstechnische Vorlaufzeit von ca. 5 Jahren vorausgeht, wird auch die budgetäre Betrachtung bereits vor den Nationalratswahlen stattgefunden haben, und trotzdem wurde die Mitfinanzierung des Sportbades Eggenberg durch den damaligen Bundeskanzler Dr. Schüssel zugesagt!

Da es für die Bevölkerung von Graz, insbesondere aber für den Schwimmsport in Graz eine Zumutung darstellt, die „heiß-kalte Dusche“ zwischen Zusage und Hoffnung einerseits, plötzlicher Absage und Ausweglosigkeit auf der anderen Seite als Bestandteil ihres Daseins wahrnehmen zu müssen, ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben.

Es kann nicht akzeptiert werden, dass mit sozialdemokratischer Machtübernahme im Bund bereits geleistete Übereinkommen über Bord geworfen werden, und somit eine Nachhaltigkeit aller getroffenen Entscheidungen auf allen Ebenen grundsätzlich als fragwürdig erscheint.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

der Gemeinderat möge beschließen, die Bundesregierung wird aufgefordert, Gespräche und Verhandlungen mit dem Land Steiermark und der Stadt Graz, betreffend die Realisierung des Sportbades Graz-Eggenberg mit dem Ziel aufzunehmen, die in Aussicht gestellte Mitfinanzierung des Projektes durch den Bund raschest möglich sicherzustellen.

Betrifft: Bad Eggenberg



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag von Frau GRin Daniela Kummer

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Leopold Simbürger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. Februar 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Sanierung des Bades Eggenberg entwickelt sich zunehmend zu einer unendlichen Geschichte: Und das, obwohl der Ist-Zustand des Bades einen mehr als bedenklichem Zustand aufweist, obwohl Jahr für Jahr darum gezittert werden muss, ob das Bad überhaupt noch aufsperrern kann oder die schweren baulichen Mängel womöglich das kurzfristige Aus für das Bad bedeuten.

Über die dringende Notwendigkeit einer Generalssanierung bzw. eines Umbaus des Eggenberger Bades wurde an dieser Stelle schon sehr oft gesprochen: Eggenberg hat nicht nur für den Nordwesten und Westen der Stadt eine besondere Bedeutung als Naherholungs- und Freizeitzentrum, dieses Bad ist auch für den Schulsport mehr als unverzichtbar. Dementsprechend liegt bereits seit längerem ein baureifes Projekt vor – allein: bei der Finanzierung klemmt es. Denn während zwar für den Ausbau zu einem gewaltigen Sportzentrum in Eggenberg seitens des Bundes gut und gerne 20 Millionen bereit gestellt würden, natürlich unter der Bedingung, dass Stadt und Land die selbe Summe aufbringen, war die Bad-Sanierung allein der alten Bundesregierung nur vier Millionen Euro wert. Wodurch das Projekt „Bad Eggenberg neu“, das immerhin auch stolze 19,85 Millionen Euro kosten würde, das aber bereits 2009 in Angriff genommen werden könnte und eine realisierbarere Variante als das sagenumwobene Groß-Sportzentrum wäre, ernsthaft gefährdet ist.

Nun mag es schon richtig sein, dass Spitzensport – und das vom Bund forcierte Großprojekt zielt auf diesen Spitzensport ab – als das medienwirksame Sahnehäubchen auf dem sprichwörtlichen Kuchen angesehen werden muss. Aber zum einen ist Spitzensport nur auf einen kleinen, elitären Kreis beschränkt – und zum anderen bedarf Spitzensport, sowohl was die Akzeptanz in der Bevölkerung als auch den Zulauf durch Nachwuchs anbelangt, einer sehr breiten Basis. Um zum Vergleich mit dem Sahnehäubchen zurückzukommen: Dieses dient lediglich zur Zierde des Kuchens. Doch wenn Breiten- und Schulsport ausgehungert werden, wird es auch keine Spitze geben – so, wie es ohne Kuchen kein Sahnehäubchen gibt. Oder, um es noch dras-

tischer zu sagen: Mit Sahne ohne Kuchen kann man sich leicht den Magen verderben.

In diesem Sinne wäre auch die Bundesregierung gut beraten, ihre Drittelbeteiligung an der Sanierung des Bades Eggenberg nicht von der Errichtung eines 70 Millionen-Sportclusters abhängig zu machen, sondern – so wie dies bereits seitens des Landes Steiermark und Sportlandesrat Wegscheider erfolgt ist – eine klare Zusage für eine Drittelfinanzierung des Projekts „Bad Eggenberg neu“ zu geben; ohne die Bedingung daran zu knüpfen, dass es zu einem Elitesportzentrum wird. Für die Grazerinnen und Grazer wäre es jedenfalls nicht einsehbar, dass zwar für Spitzensport Zigmillionen Euro vom Bund zur Verfügung stünden, aber für den Breiten- und Schulsport gerade einmal bescheidene vier Millionen Euro aufgebracht werden könnten.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

den dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, Gespräche und Verhandlungen mit dem Land Steiermark und der Stadt Graz betreffend die Realisierung des Projekts „Bad Eggenberg neu“ mit dem Ziel aufzunehmen, eine Drittelfinanzierung dieses Projektes durch den Bund raschest möglich sicherzustellen – und zwar ohne dies mit der Bedingung zu verknüpfen, dass im Endausbau ein mehr als 70 Millionen Euro teures Sportzentrum zu entstehen hat.

Dringlichkeit und Antrag
einstimmig angenommen

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 15. Februar 2007

Gemeinderat: Klubobmann Sepp Schmalhardt

Dringlichkeits Antrag

(gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Betrifft: Sicherstellung der Finanzierung für die Sanierung des Eggenberger Bades –
Petition an den Bund

Das Treffen von Landeshauptmann Voves mit Bundeskanzler Gusenbauer in Graz hat klargestellt, dass die Finanzierung des Eggenberger Bades keineswegs gesichert ist. Seit dem Teilverkauf der Energie Graz bei den Stadtwerken im Jahr 2002 wird uns der Neubau des Eggenberger Bades versprochen. Tatsache ist aber, dass es auch für das Jahr 2007 noch immer düster aussieht.

Der Grazer Gemeinderat hat in einstimmigen Beschlüssen dem längst notwendigen Neubau des Eggenberger Bades zugestimmt und Finanzstadtrat Riedler (SPÖ) damit beauftragt, einen Finanzierungsvertrag zwischen Stadt, Land und Bund auszuverhandeln. Aber weder der Wechsel in der Landesregierung noch jetzt in der Bundesregierung haben Bewegung in die Sache gebracht. Die Zusage des Bundes aus dem Juli 2006, sich mit vier Millionen Euro Projekt Eggenberg zu beteiligen, steht in Frage. Darüber hinaus fehlen laut Medienberichten der Stadt weitere 1,6 Millionen, die man sich aus dem Unterrichtsministerium erhofft.

Seit nunmehr 18 Jahren wird über die notwendige Sanierung gesprochen, seit 13 Jahren geplant – Projekte vorgestellt – geschehen ist aber bisher – außer unumgänglichen Reparaturen – so gut wie Nichts. Jetzt kündigen Bürgermeister und Vizebürgermeister den Spatenstich für die Sanierung des Eggenberger Bades für Jänner 2008, knapp vor der Gemeinderatswahl, an.

Ohne eine fixe Zusage des Bundes hängt das Projekt aber in der Luft. Wir sind aber zum Handeln gezwungen. Nicht nur die Badegäste leiden unter den desolaten Bedingungen, sondern auch die Sportvereine mit ihren österreichischen Spitzenschwimmern, den Wasserballern und den Turmspringern klagen über die schlechten Trainingsbedingungen. Deshalb muss jetzt der gesamte Gemeinderat Druck machen.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, im Bundesbudget für die Jahre 2007/2008 Vorsorge zu treffen, damit der Anteil des Bundes für das Projekt Eggenberger Bad Neu sichergestellt wird.

**Dringlichkeit und Antrag
mit Mehrheit angenommen**

GR. Peter MAYR

15.02.2007

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr.: Verkehrsinfrastrukturausbaumaßnahmen für den Großraum Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit einiger Zeit zeichnet sich die Verkehrspolitik in Graz als auch im Land Steiermark durch einen weitgehend politischen Konsens, insbesondere bezüglich der notwendigen Infrastrukturausbaumaßnahmen im Bereich Bahn, aus. Somit war es nur selbstverständlich und konsequent, dass die in Stadt und Land außer Streit gestellten Infrastrukturprojekte der neuen Bundesregierung gegenüber eingefordert wurden und werden.

Bedauerlicherweise fanden die Wünsche aus der Steiermark zunächst nur sehr wenig Aufnahme in das neue Regierungsprogramm, sogar ein Hinterfragen bereits fix vereinbarter Projekte setzte ein.

Als Ergebnis des politischen Drucks aus der Steiermark kam es am 09.02.2007 zum sogenannten Gipfelgespräch zwischen Landeshauptmann Voves, Bundeskanzler Gusenbauer und Bundesminister Faymann. Im Vorfeld dieses Termins wurden die Forderungen mehrfach deutlich artikuliert, z.B. von Bgm.-Stv. Walter Ferk:

„Lange genug hat der Bund die Landeshauptstadt Graz und ihre Bedürfnisse links liegen lassen. Das muss schleunigst geändert werden – deshalb fordere ich vor den morgigen Gesprächen von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Infrastrukturminister Werner Faymann in Graz Zusagen zur Verwirklichung wichtiger Projekte für die Grazer Bevölkerung ein!“ Vor allem für die S-Bahn im ganzen Großraum Graz, den Bau des Südgürtels, die Erweiterung des Grazer Straßenbahnnetzes und das Bad Eggenberg forderte Bgm.-Stv. Ferk eine Geldspritze aus Wien. Dass Koralm- und Semmeringtunnel für Graz eine unverzichtbare Notwendigkeit sind, sei ohnehin schon geklärt.

Um so enttäuschender war dann das Ergebnis dieses Gipfelgesprächs. Die längst vertraglich fixierten Projekte Koralmtunnel und Semmeringtunnel wurden zwar im Großen und Ganzen bestätigt, alle anderen wesentlichen Infrastrukturprojekte für den Großraum Graz blieben allerdings außen vor. Landeshauptmann Voves sagte sogar zum bereits jahrelang in Planung

befindlichen S-Bahn-Projekt: Dies sei ein noch sehr junges Projekt, für das es noch keine Detailpläne gäbe.

Besonders bezüglich der Projekte Grazer Südgürtel und S-Bahn herrscht dringlicher Handlungsbedarf:

Sollte die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Südgürtelprojekt (sie soll bis Mai 2007 erstellt sein) positiv ausfallen – was wir alle hoffen –, müsste sofort mit der Feinplanung und den Grundstückseinlösungen begonnen werden, damit der zugesagte Baubeginn 2008/2009 im Interesse der Bevölkerung aufrecht zu erhalten ist.

Ebenso sind beim Autobahn-Projekt Knoten Ost alle Verfahren abgeschlossen und auf eine rasche Umsetzung zu drängen.

Beim S-Bahn-Projekt geht es um eine rasche Entscheidung, damit die entsprechenden Planungs- und Verfahrensschritte weitergeführt werden können, wie gestern von den leitenden Beamten des Landes im Planungsausschuss des Gemeinderates bestätigt wurde

Natürlich sind alle aktuell diskutierten Bahnprojekte in der Steiermark auch für den Großraum Graz (den zweitgrößten Ballungsraum in Österreich mit mehr als einer halben Million BürgerInnen) von essentieller Bedeutung, sowohl in Hinsicht der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt in einem internationalen Verkehrsnetzwerk, wie auch auf Grund der großen umweltrelevanten Bedeutung des schienengebundenen ÖPNV.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bundesregierung und die Steiermärkische Landesregierung werden aufgefordert die folgenden wichtigen Infrastrukturprojekte zur Umsetzung zu führen und eine Finanzierung sicher zu stellen:

- S-Bahn im Großraum Graz
- Südgürtel
- Knoten Graz-Ost
- Ausbau der Südbahn mit Koralm- und Semmeringtunnel
- Ausbau der Phyrn- und Ostbahn

**Dringlichkeit
einstimmig angenommen**

Betrifft: S-Bahn für Graz

Punkt 1 mit Mehrheit angenommen

Punkt 2 mit Mehrheit angenommen



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Gemeinderat Karl-Heinz Herper
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. Februar 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Der Großraum Graz – mit seinem unmittelbaren Einzugsgebiet von 400.000 Menschen und einem erweiterten Einzugsgebiet von fast 700.000 Menschen – ist für die Entwicklung der Steiermark von zentraler Bedeutung. Sowohl, was die Wirtschaftskraft unseres Landes anbelangt, als auch in Hinblick auf die Aus- und Weiterbildung Zehntausender Steirerinnen und Steirer. Nicht zu vergessen die Funktion von Graz als Landeshauptstadt – mit Sitz der Landesregierung, als Heimstätte vieler Institutionen, Organisationen und zahlreicher Leitunternehmen.

Ungeachtet dessen ist aber die verkehrstechnische Erschließung dieses Zentralraumes äußerst mangelhaft: Die Errichtung eines leistungsfähigen, modern strukturierten öffentlichen Personennahverkehrs scheiterte bislang nicht nur am Fehlen eines interkommunalen Finanzausgleichs, der zu einem gerechten Lastenausgleich in bezug auf Finanzierung überregionaler Aufgabenstellungen beitragen könnte, sondern vor allem auch an der mangelnden Bereitschaft der übergeordneten Gebietskörperschaften Land und Bund, für einen großräumigen Lösungsansatz die Initiative zu ergreifen und die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Einer der Folgen dieses mangelnden Engagements für überregionale, großräumige Verkehrslösungen ist nachweislich die Umweltbelastung – Stichwort Feinstaub –, unter der nicht nur die Stadt Graz, sondern die gesamte Region leidet. Gerade im Wissen, dass die Verkehrsbelastung nicht unwesentlich zur Feinstaubproblematik beiträgt und damit der Wohn- und Lebensqualität mehr als abträglich ist, wäre der Aufbau eines leistungsfähigen City-S-Bahnnetzes zwischen Graz und den Großräumen Voitsberg-Deutschlandsberg, Hartberg-Feldbach, Bruck-Leoben-Kapfenberg und Leibnitz ein Gebot der Stunde. Sowohl, was die Umweltentlastung für diese Regionen anbelangt, als auch in Bezug auf deren Stärkung als Wirtschaftsstandorte.

Entsprechende Überlegungen für einen erfolgversprechenden und vor allem raschen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs für den gesamten Großraum gibt es ja bereits. Beispielsweise könnte ein S-Bahn-System mit den Korridoren

- „Koralmbahn“: Graz-Deutschlandsberg im 30-Minuten-Takt; Verdichtung zu Hauptverkehrszeiten mit Eilzügen auf 15-Minuten-Takt; Lieboch – Wettmannstätten Stundentakt mit ebenfalls Verdichtung zu Hauptverkehrszeiten
- Nord: Graz-Bruck im 30-Minuten-Takt; zu Hauptverkehrszeiten Graz–Frohnleiten im 15-Minuten-Takt; durchgehender S-Bahn-Betrieb (60-Minuten-Takt), zur HVZ direkt nach Graz
- Süd: Graz-Spielfeld 30-Minuten-Takt, zur Hauptverkehrszeit 15-Minuten-Takt Graz-Leibnitz
- Ost: Graz-Fehring 30-Minuten-Takt, zur Hauptverkehrszeit 15-Minuten-Takt Graz-Gleisdorf; Weiz-Gleisdorf im Stundentakt, zur HVZ direkt nach Graz
- West: Graz-Köflach im 30-Minuten-Takt (zur HVZ 15-Minuten-Takt); Graz-Lannach 15-Minuten-Takt zur HVZ; Weststeiermark-Wies Stundentakt, zur HVZ 30-Minuten-Takt

für den gesamten Großraum – etwa in Verbindung mit dem so genannten „Steirertakt“ sowie dem Ausbau der Park & Ride-Möglichkeiten - eine wesentliche Verbesserung bedeuten.

Faktum jedenfalls ist: Ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist – nicht zuletzt auch angesichts der gravierenden Umweltbelastungen durch den Individualverkehr – dringend erforderlich und bedarf deshalb einer konzertierten Kraftanstrengung aller Gebietskörperschaften: Sowohl in Hinblick auf Finanzierung als auch Realisierung.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Sinne des vorliegenden Motivenberichts

1. in einer Resolution an die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes die Errichtung eines funktionstüchtigen öffentlichen Personennahverkehrs für den Großraum Graz unter Bedachtnahme der verkehrstechnischen Versorgung der Regionen Graz, Voitsberg, Deutschlandsberg, Bruck, Leoben, Hartberg, Feldbach Leibnitz als vorrangig einfordern, wobei nach derzeitigen Stand ein S-Bahn-System angepeilt werden sollte
2. das Land Steiermark auffordern, dieses Projekt im Rahmen von „regionext“ als prioritär einzustufen – mit dem Ziel, eine „Typenentscheidung“ samt Trassenvorschlägen inklusive Finanzierungskosten noch in diesem Jahr zur Vorlage zu bringen und die entsprechenden Finanzierungs- und Realisierungsverhandlungen mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung umgehend aufzunehmen.

**Dringlichkeit und Antrag
mit Mehrheit angenommen**

Betrifft: Roma/Initiative
auf EU-Ebene



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag. Dr. Karin Sprachmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. Februar 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Seit vielen Jahren sind bettelnde Roma in Graz eines der bestimmenden Themen – wobei die Stadt Graz in dieser Hinsicht kein Einzelfall ist, im Gegenteil. Der vielzitierte „starke Wirtschaftsraum“ EU wird in zunehmendem Maß mit einer immer stärker in Erscheinung tretenden Armut konfrontiert. Was seinen Ausdruck darin findet, dass in Staaten und Städten im EU-Raum sehr viele Menschen ihren Lebensunterhalt einzig und allein durch Betteln bestreiten können – vor allem Minderheiten wie Roma und Sinti sind davon betroffen.

Selbstverständlich wurden seitens der Stadt Graz bereits eine Reihe von Aktivitäten und Initiativen gesetzt, um den Roma Alternativen zum Betteln zu eröffnen. Faktum ist aber auch: Die Stadt Graz wird niemals in der Lage sein, eine solche Problemstellung auch nur ansatzweise zu lösen. Weder singuläre Beschäftigungsprogramme für bettelnde Roma durch die Stadt Graz, noch Hilfsaktivitäten durch die Stadt Graz in der Slowakei werden dazu geeignet sein, diese Gesamtproblematik – auch im Sinne vieler tausend Roma, die in extremer Armut leben – zu lösen.

Denn auf Gehsteigen kauern den bettelnden Menschen zu begegnen, ist kein Grauspezifikum. Zumal auch die Stadt Graz nicht die einzige österreichische bzw. europäische Kommune ist, die sich mit dieser Situation konfrontiert sieht, wäre es umso wichtiger, die Situation der Roma zum Thema von Städtebund, des Rats der Regionen und der EU insgesamt zu machen. Denn die Aufgabe eines vereinten Europa darf sich nicht darauf beschränken, den gemeinsamen Wirtschaftsraum zu stärken – vielmehr müssten auch sozialpolitische Fragestellungen, der soziale Frieden in den Mittelpunkt des Handelns eines vereinten Europa gerückt werden. So, wie dies begrüßenswerter Weise auch ein nicht zuletzt auf Initiative der SPÖ entstandenes – überparteiliches Personenkomitee prominenter Grazerinnen und Grazer einfordert. Dieses Personenkomitee - ihm gehören unter anderem Bischof Egon Kapellari, Superintendent Ernst-Christian Gerhold, Emil Breisach, Altlandeshauptmann Josef Krainer, Altbürgermeister Alfred Stingl, Präsident Franz Küberl, Pfarrer Wolfgang Pucher, Dr. Werner Tessmar-Pfohl, die ehemaligen Chefredakteure Fritz Csoklich, Josef Riedler und Kurt Wimmer an – bringt richtigerweise und sehr klar zum Ausdruck,

dass diese Angelegenheit nur auf europäischer Ebene und in Zusammenwirken mit dem Staat Slowakei als EU-Mitglied gelöst werden kann.

Dieses Personenkomitee spricht das Grundproblem offen an, ich zitiere:

„Bettelnde Menschen, die auf der Straße vor uns knien, werden von manchen als Ärgernis empfunden werden. Sie wecken auch Schamgefühl. Das Ärgernis wird aber nicht beseitigt, indem man die Bettelnden per Verbot aus dem Straßenbild entfernt. Beseitigt gehören die Ursachen der beschämenden Tatsache, dass die große Europäische Union bisher nicht in der Lage war, ihre größte Minderheit, nämlich die Roma und Sinti, rechtlich und sozial an den Grundwerten und Grundrechten dieser Gemeinschaft teilnehmen zu lassen.

Solidarität ist ein solcher Grundwert unserer europäischen politischen Kultur. Er muss auch für Minderheiten gelten, die in Staaten der EU unter unzumutbaren sozialen Bedingungen in extremer Armut leben.

Weil im ständig wachsenden neuen Europa nicht nur der Warenverkehr grenzüberschreitend sein soll, sondern auch die soziale Verantwortung, hat sich in Graz ein unabhängiges Personenkomitee mit einem besonderen Ziel konstituiert: Von der Menschenrechtsstadt Graz soll der Anstoß für eine österreichweite und gesamteuropäische Initiative ausgehen, durch konkrete Projekte die Lage von Minderheiten, die in Armut leben, zu verbessern.

Und in diesem Zusammenhang schlägt dieses Personenkomitee auch eine Reihe von Maßnahmen vor, damit auf der Basis der Allgemeinen Menschenrechte Zeichen für eine internationale gesamteuropäische Solidarität gesetzt werden, die längerfristig auch dem „Armutstourismus“ ein Ende machen. Dazu gehören unter anderem:

- Die „Grazer Initiative“ ersucht die Europäische Union dringend, zielführende Maßnahmen zu setzen, um die Lebensbedingungen der Roma und Sinti entscheidend zu verbessern.
- Die „Grazer Initiative“ plant zur Bewusstseinsbildung einen international besetzten Kongress, der die Situation der Roma und Sinti als größte Minderheit in Europa beleuchtet und Wege für Projekte weisen soll, ihre gesellschaftliche Integration in Zukunft zu gewährleisten.
- Verbesserungen der sozialen Situation, vor allem der Roma und Sinti, in ihren Heimatländern mit konkreten Zeit- und Umsetzungsplänen. Dazu gehört vor allem, dass den Angehörigen dieser Minderheit der Arbeitsmarkt in den Ländern ihres Wohnsitzes besser zugänglich gemacht wird.
- Gewährleistung des Rechtes auf Bildung und Fortbildung für Angehörige aller Minderheiten.
- Vermeidung jeder Diskriminierung von Hilfe suchenden Menschen in Österreich. Dazu gehört auch, aus menschenrechtlichen und sozialen Gründen, der Verzicht auf ein generelles Verbot für Menschen, in öffentlichen Räumen Gaben zu erbitten.

Soweit das von diesem Personenkomitee vorgeschlagene Forderungs- und Maßnahmenpaket.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen, der Gemeinderat der Stadt Graz wäre gut beraten, diese Positionierung zu unterstützen. Denn Betteln darf nicht, wie auch Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk

und Finanzstadtrat Wolfgang Riedler gegenüber diesem Personenkomitee klar dargelegt haben, in einer Europäischen Union des 21. Jahrhunderts Lösung sein, um Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten zu lassen. Allerdings würde ein bloßes Bettelverbot ohne strukturelle Maßnahmen die Armut nicht bekämpfen, sondern nur verlagern, wie auch dieses Personenkomitee klar zum Ausdruck gebracht hat. Daher müssen auf zweierlei Ebenen Initiativen gesetzt werden: Über die Europäische Union muss - und Walter Ferk hat das in seinem Schreiben an das Personenkomitee deutlich zum Ausdruck gebracht - muss die Slowakische Republik, aus der die meisten der in Graz bettelnden Roma stammen, aber auch jeder andere jetzige und künftige Mitgliedsstaat verpflichtet werden, rassistische Zugangssperren zum Arbeits- und Bildungsmarkt abzubauen und jeder Minderheit die gleichen Rechte einzuräumen wie dem Rest der Bevölkerung. Und bis diese Regelungen zu greifen beginnen, sollten reichere Länder – wie auch Österreich zum Glück eines ist – mit konkreten Projekten in deren Heimatländern den bisher noch Chancenlosen helfen, Erwerbs- und Ausbildungsquellen zu erschließen und somit das Betteln in Graz überflüssig zu machen.

Eine solche Positionierung bedarf natürlich einer breiten Basis, um auf EU-Ebene entsprechend Gehör zu finden und vor allem, damit auf EU-Ebene dann auch die entsprechenden Schritte gesetzt werden.

Daher stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

In dem Sinn, dass Europa gefordert ist, alles daranzusetzen, dass niemand dazu gezwungen ist, für seine Existenzsicherung betteln zu müssen, werden Städtebund und Gemeindebund vom Grazer Gemeinderat aufgefordert, gemäß Motivenbericht die schwierige Situation der Roma im speziellen und von Minderheiten in EU-Mitgliedsstaaten insgesamt als ein vordringliches Thema aufzugreifen mit dem Ziel, die EU-Kommission (vor allem die Generaldirektionen für Soziales und Außenbeziehungen), die Fraktionen des Europäischen Parlaments, die Fraktionen des Ausschusses der Regionen und die österreichischen EU-ParlamentarierInnen für eine gesamteuropäische Lösung in Anlehnung an das Maßnahmen- und Forderungspaket des Personenkomitees und im Sinne der betroffenen Menschen zu gewinnen.

**Dringlichkeit und Antrag
mit Mehrheit angenommen**



Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus

Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>

Dringlicher Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.2.2007
von GRin Lisa Rücker

Betrifft: Korruptionsprävention im Magistrat Graz

Vorweg und zur Vermeidung von Missverständnissen eine kurze Begriffsklärung: Korruption steht für Bestechung, Bestechlichkeit, moralischen Verfall. Der Begriff kommt vom lateinischen *corrumpere*: verderben, verschlechtern, verführen, verleiten. Wenn wir also im Folgenden von Korruption sprechen, dann sprechen wir nicht notwendigerweise von der Erfüllung eines strafrechtlichen Tatbestandes und der detaillierten Zerpflückung sogenannter Einzelfälle, sondern vor allem auch von der moralischen Komponente ungesunder Naheverhältnisse im öffentlichen Dienst der Stadt Graz. Denn objektives und unparteiisches Verwaltungshandeln ist auch fernab der strafrechtlichen Normen eine notwendige Voraussetzung jeder öffentlichen Institution, um das Vertrauen in staatliches Handeln wahren und aufrecht erhalten zu können.

Dass Korruption folglich schon dort beginnen kann, wo Unrechtsbewusstsein und Sensibilisierung (vor allem auch in Führungsebenen) fehlen, ist hier im Haus leider nur Wenigen bewusst. Diese Erkenntnis ziehen wir aus der Art und Weise, wie in den vergangenen Wochen in den führenden politischen und beamteten Ebenen mit der Häufung der Verdachtsmomente umgegangen wurde. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die zuständigen Stellen jetzt versuchen, das Thema möglichst schnell wieder vom Tisch zu bringen, denn es ist mehr als unangenehm, aber es ist nicht der richtige Weg. Dass sämtlichen Hinweisen und Verdächtigungen penibelst genau nachgegangen werden muss - nicht zuletzt auch zum Schutz der Mehrheit der seriös und engagiert arbeitenden Bediensteten - sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Jagd nach einzelnen sogenannten „schwarzen Schafen“ ersetzt aber sicher nicht die Verpflichtung, eine positive Organisationskultur zu schaffen, innerhalb der korrektes Verhalten zur Selbstverständlichkeit, gleichsam verinnerlicht, wird. Das ist ein klarer Auftrag an den Bürgermeister, den Magistratsdirektor und die Amts- und ReferatsleiterInnen.

Wie wichtig es ist dem Thema Korruption mit solch einer offensiven Strategie zu begegnen, haben andere Städte, wie z.B. Wien schon lange vor uns erkannt. In Wien wurde Ende der 90er Jahre festgestellt, dass Korruption nicht nur das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, sondern auch das Ansehen der Wirtschaft schädigt. Um das Thema in der Wiener Verwaltung zu enttabuisieren, wurde daraufhin eine interdisziplinäre Projektgruppe beauftragt, den Themenkomplex in all seinen Facetten zu bearbeiten. Das Ergebnis ist ein Handbuch, das in praxisnaher Form konkrete Maßnahmen präsentiert.

Auch der österreichische Städtebund hat im Jahr 2003 im Fachausschuss für Kontrollämter und Rechnungshöfe Korruption zum Thema gemacht. Dazu wurde Folgendes festgehalten: *„Bereits aus der Verantwortung für das verwaltete Gemeindevermögen resultiert die Pflicht, nicht nur auftretenden Fällen wirkungsvoll nachzugehen, sondern auch vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen.“* Diese Einschätzung teilen wir.

Im Namen der Grünen - ALG stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt zu prüfen, wie analog zum Projekt „Antikorruption“ der Stadt Wien, Maßnahmen zur Korruptionsprävention im Magistrat Graz implementiert und finanziert werden können,
2. die Ergebnisse der Prüfung und ein entsprechendes Durchführungskonzept werden den vorberatenden Ausschüssen des Gemeinderates bis zu seiner Sitzung am 24. Mai 2007 zur Diskussion vorgelegt.

**Dringlichkeit
einstimmig angenommen**

Antrag abgelehnt

Gemeinderat

Mag. Harald Korschelt

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Donnerstag, 01. Februar 2007

Betrifft: Videoüberwachung und private Sicherheitsstreife in der Mondscheingasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 29. Jänner dieses Jahres trafen sich auf Einladung des Bezirksrates Jakomini an die fünfzig Anrainer der Mondscheingasse, um eine Lösung der untragbaren Zustände zu finden. Aus zahlreichen Zeitungsberichten ist bekannt, was sich in der Mondscheingasse abspielt, weshalb ich lediglich Beamte des Wachzimmers Finanz zitieren möchte, die sinngemäß folgendes zur Situation feststellten. „Die Straße ist ein klarer Brennpunkt, im Schnitt sind drei Einsätze in den Nachstunden an Freitagen und Samstagen zu verzeichnen.“

Bei besagter Besprechung war mit Stadtrat Werner Miedl auch ein Vertreter des Stadtsenates anwesend, der den Lokalbetreibern in der Mondscheingasse eine Vorverlegung der Sperrstunde androhte, sollte sich in den nächsten drei Monaten nicht eine spürbare Besserung zeigen. Stadtrat Miedl sicherte den Bewohnern auch zu, sich für eine Ausweitung der privaten Sicherheitsstreife aus dem Universitätsviertel einzusetzen. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist, allerdings meine ich nicht, dass man noch drei Monate zuwarten sollte, sondern, dass sofort etwas geschehen muss. Ein weiteres Zuwarten von drei Monaten würde bedeuten, dass bei durchschnittlich drei Einsätzen pro Freitag- und Samstagnacht die Polizei noch weitere 72 Mal in die Mondscheingasse ausrücken müsste.

Zusätzlich sollte meiner Meinung nach die derzeitige, von einem Lokalbetreiber privat installierte Videokamera durch eine 'offizielle' Videoüberwachung nach dem Vorbild des Jakominiplatzes ersetzt werden. Sowohl das Projekt der privaten Sicherheitsstreife, als auch die Videoüberwachung fand bei den Bewohnern beinahe einstimmige Zustimmung.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

DRINGLICHEN ANTRAG:

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass von der Stadt Graz alles unternommen werde, damit eine Videoüberwachung eingerichtet werden kann und, dass überlegt werde, ob eine private Sicherheitsstreife nach dem Vorbild des Universitätsviertels eingerichtet werden könne.